

22. September 2020

Präsidium des Deutschen Städtetages tagte in Mannheim**Corona-Folgen verändern massiv Innenstädte und Stadtteilzentren –
Bund und Länder müssen Städtebauförderung ausbauen**

Die Corona-Pandemie beschleunigt massiv den Trend zum Onlinekauf, gleichzeitig sinken die Umsätze in bestimmten Segmenten des stationären Einzelhandels rasant. Dieser aktuelle Wandel trifft besonders Innenstädte und Stadtteilzentren. Das besorgt und alarmiert viele Städte, machte heute der Deutsche Städtetag nach einer Präsidiumssitzung in Mannheim deutlich.

Städtetags-Präsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, beschreibt die Situation so: „Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Katalysator: Sie forciert den Onlinehandel und könnte viele Einzelhändler zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine große Zahl der Kaufhäuser ist in den vergangenen Jahren geschlossen worden. Handelsketten, gerade mit Textilien, geben zunehmend Läden auf. Die Gastronomie verliert Kunden. Und Homeoffice macht einen Teil der Büroflächen womöglich überflüssig. Viele Einzelhändler und große Handelsketten warnen, dass sie ihre Mieten nicht mehr lange zahlen können.“ Jung fordert: „Leerstände in Fußgängerzonen und auf Einkaufsmeilen dürfen sich bundesweit nicht vermehrt ins Bild drängen. Wir müssen jetzt handeln, um negative Dominoeffekte für das Umfeld zu verhindern. Geschäfte und Kaufhausfilialen brauchen schnell neue Nutzer. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, uns bei neuen, zukunftsfähigen Konzepten wirksam zu unterstützen.“

Runder Tisch mit allen Beteiligten wichtig

Die Städte halten es für wichtig, dass alle relevanten Akteure miteinander beraten, wie die Innenstädte gestärkt werden können: Vertreter von Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Mieterverbänden, Handel, Gastronomie, Handwerk, Kunst, Touristikverbänden, Bund und Kommunen. In diese Richtung geht ein Runder Tisch, zu dem der Bund für Anfang Oktober eingeladen hat. „Wir stehen am Anfang eines längeren Prozesses zur Zukunft der Innenstadt. Für eine Lösung der aktuellen Probleme müssen wir ganzheitliche Konzepte entwickeln und alle Beteiligten einbinden. Die Zukunft der Innenstädte lässt sich nicht allein mit Hilfe der Digitalisierung neugestalten, auch wenn das ein wichtiges Thema ist, das wir gerne mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier besprechen“, so Jung.

Städte wollen innovative Ansätze fördern

Die Städte wollen innovative Ansätze fördern, bei denen Gewerbe und Wohnen, kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Angebote in den Innenstädten und Stadtteilzentren verträglich und erfolgreich zusammenspielen. Jung: „Für innovative Innenstadtkonzepte sollte die Städtebauförderung von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich deutlich aufgestockt werden. Mit diesem Instrument lassen sich Innenstädte besonders gut stabilisieren, wiederbeleben und weiterentwickeln. Bund und Länder sollten den Kommunen außerdem ermöglichen, relevante Schlüsselimmobilien vorübergehend zu erwerben, zum Beispiel aufgegebene Kaufhausfilialen. Dann können wir diese Immobilien für die Zentren neu entwickeln.“